

2

Die fabelhafte  
Welt der **Ema.Li** 

**Links  
Libertär**





# Ema.Li

Schriftenreihe  
Heft 2: Links Libertär  
1. Auflage 2017  
V.i.S.d.P.: Siegfried Seidel  
Layout und Satz: Daniel Josten

# Inhalt

Vorwort .....	4
Robert Zion: Links-libertär .....	6
Klaus Lederer: Links und libertär? Warum die Linke mit individueller Freiheit hadert .....	9
Wolfgang Strengmann-Kuhn: Für eine soziale, libertäre und ökologische Politik .....	18

# Vorwort

*Jeder Mensch empfindet die Freiheit als gesellschaftliches Ideal, wodurch deutlich wird, daß die Sehnsucht nach individueller Freiheit in der menschlichen Natur selber begründet ist...*

*Erich Mühsam 1930*

Was bedeutet der Begriff „links-libertär“? Damit befassen sich in dieser Ausgabe „der fabelhaften Welt der Ema.Li“: Robert Zion, Klaus Lederer und Wolfgang Strengmann-Kuhn.

„Der Liberalismus ist die Wurzel des Sozialismus, will man also radikal verfahren, so muss man den Liberalismus kaputt machen, dann verdorrt der Sozialismus von selbst.“ Diese Zeilen schrieb Friedrich Engels an Karl Kautsky 1892.

Nun kommt es oft vor, dass Linke gegen den Liberalismus wettern. Es stellt sich die Frage, was verstehen wir unter Liberalismus, aber was verstehen wir auch unter Sozialismus.

Wird Liberalismus nach seiner politischen Philosophie definiert, könnten wir den Kommunismus als Theorie und Bewegung als durchaus radikal liberal bezeichnen. Wird aber der Liberalismus auf seinen reinen ökonomischen Aspekt begrenzt und blendet seine ursprüngliche Idee aus, könnte man zu einem anderen Ergebnis kommen und dann über den Wirtschafts- und Neoliberalismus diskutieren. Dieser ist aber nicht mit links-libertär gemeint.

1976 machte die CDU Wahlkampf mit dem Slogan „Freiheit statt Sozialismus“. Die CSU ging sogar noch weiter, mit der Parole „Freiheit oder Sozialismus“. Kann es überhaupt Freiheit ohne Sozialismus geben und ist eine Demokratie ohne Sozialismus eigentlich frei? CDU/CSU gingen damals mit ihren Slogans auf die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt ein. Ihrer Meinung nach, ging der „Kniefall

zu Warschau“ von Kanzler Brandt zu weit. Für sie war der Ostblock nicht frei, sondern nur der Westen.

Die Frage die sich stellt, war der Osten überhaupt sozialistisch, oder war es nicht vielmehr eine Form von Staatskapitalismus? Dies können wir an dieser Stelle nicht klären. Fest steht aber, dass der „real existierende Sozialismus“ eine autoritäre Staatsform war, die mit der Freiheit haderte und die individuellen Freiheitsrechte missachtete. Es war eben kein Sozialismus wie ihn sich der Eingangs erwähnte Engels vorstellte. Der autoritäre Staatsozialismus ist zu recht gescheitert. Die individuelle Freiheit des Menschen ist der zentrale Mittelpunkt des Liberalismus.

Stellen wir also fest: Sozialismus kann ohne Freiheit nicht funktionieren, ebenso wenig die Demokratie. Deshalb ist die Freiheit des Einzelnen die Voraussetzung der Freiheit aller (Karl Marx).

Aktuell wird die Frage nach der inneren Sicherheit durch die vergangenen Anschläge wieder gestellt. Aber darf die Freiheit deshalb geopfert werden? Vorratsdatenspeicherung, Videoüberwachung, mehr Polizei etc. sind der Weg in den Überwachungsstaat. Der Weg in einen autoritären Staat, wo die Freiheit stirbt?

Inwieweit unterscheidet sich dann die „autoritäre“ Demokratie dann noch vom autoritären Sozialismus?

Mit dieser und anderen Fragen setzen sich Robert Zion, Klaus Lederer und Wolfgang Strengmann-Kuhn auf den kommenden Seiten auseinander. Über die Unterschiede

zwischen dem „autoritären Sozialismus“ und dem „libertären Sozialismus“ werden wir uns in einer anderen Ausgabe der Schriftenreihe der Emanzipatorischen Linken auseinander setzen.

(...)“Eh ey! Ihr dürft nicht aufgeben, ihr müsst mal rausgehen. Ey! Eure Freiheit stirbt mit Sicherheit, und falls ihrs noch nicht gemerkt habt, hier läuft einiges schief. (...)Das hier durchzustehen ist schon ein grosses Unterfangen, man könnte durchdrehen bei dem was sie von uns verlangen. Gesundheitlich ist es hier noch ganz gut zu überstehen doch seit ich denken kann kämpft mein Kopf ums überleben. Hab in ihren Lügen erwachsen werden versucht, mich gefügt und geackert und geflucht. Genügt hat es nicht nur ein paar mal laut zu singen oder hinter ihrem Rücken drohend die Faust zu schwingen. Es wird nicht reichen es hier mal auszusprechen, ich versuch meinesgleichen die Bock haben mit auszubrechen aus diesem System das ich nicht ernst nehmen kann, drum krieg den Arsch hoch und weg vom Fernseher mann! (...) dies sangen 2003 Max und Mackie in ihrem Lied „Die Freiheit stirbt mit Sicherheit“.

*Siegfried Seidel im Januar 2017*

# Links-libertär

von Robert Zion

Wir sind nicht mehr länger die Generation X, die den Partei- und Wirtschaftsführern zuruft: „Here we are now, entertain us“ (Nirvana). Wir waren schon bei den Ärzten und sind immer noch für Visionen. Aber das ewig uneingelöste Versprechen der Vollbeschäftigung haben wir nicht mehr anzubieten.

Wohlstand besteht für uns nicht mehr darin, „eine Arbeit zu machen, die wir hassen, um uns eine Scheiße zu kaufen, die wir nicht brauchen“ (Fight Club); nicht in einem Sozialstaat, der arm macht, der kommandiert, gängelt und kontrolliert; nicht aus einer gelenkten Demokratie und einer Politik, die ihre Visionslosigkeit als „Vermittlungsproblem“ verkauft; nicht in vermeintlich „notwendigen Grausamkeiten“.

Was wir anzubieten haben, ist Freiheit und Solidarität. Nein, ein solidarischer Individualismus ist keine Widerspruch, wir sind der Überzeugung, dass es eine Gesellschaft geben kann, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (Karl Marx, 1848). Und darum nennen wir einen Krieg immer noch einen Krieg und halten Armut und Ausgrenzung immer noch für einen Skandal; darum sind wir aus Überzeugung emanzipatorisch und links, was für uns dasselbe ist.

Was wir anzubieten haben, ist soziale Gerechtigkeit, was wir wollen, ist Zugang – zu Bildung, Wissen, sozialer Teilhabe, Kultur, Information, Mobilität, Arbeit –, was wir fordern, ist – für beide Geschlechter – die Möglichkeit der freien Wahl. Wir glauben nicht mehr daran, dass

**Robert Zion** war von 2003 bis 2016 Mitglied der Grünen. 2007 initiierte er mit anderen die Sonder-Bundesdelegiertenkonferenz von Göttingen zu Afghanistan, die einen Kurswechsel der Grünen in der Afghanistan-Politik einleitete. Die von ihm zur Finanzierung der Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise auf der Grünen Bundesdelegiertenkonferenz 2008 in Erfurt geforderte Vermögensabgabe nach Artikel 106 des Grundgesetzes, wurde 2009 in das Bundestagswahlprogramm der Partei aufgenommen. 2008 schrieb er den Text „links-libertär“ und gilt damit als Gründer der Grünen emanzipatorischen Linken (Grüne Linke) bei Bündnis ,90/Die Grünen.

Robert Zions Arbeitsschwerpunkte sind die politische Ökologie, die Sozialpolitik, die Wirtschaftspolitik und die Friedenspolitik. Seine Arbeit ist u. a. beeinflusst von der Philosophie Spinozas, der politischen Ökologie Alain Lipietz', den Gouvernementalitäts-Analysen Michel Foucaults, dem Sozialphilosophen André Gorz, dem Post-Operaismus Antonio Negrís und dem Pluralitäts- und Differenzdenken Gilles Deleuzes.

Er ist Mitglied bei Attac, im Netzwerk Grundeinkommen, der Gewerkschaft Industrial Workers of the World (IWW), der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG-VK), im Bund für Soziale Verteidigung (BSV), der Spinoza Gesellschaft e.V. und Gründungsmitglied des Instituts Solidarische Moderne.

die Regeln und Rhythmen der Familie, der alten Schule, der Kaserne und der Fabrik die Modelle und Hüllen für unser Leben, Lieben und Arbeiten sind, wir

treten aufs freie Feld hinaus und aus der Industriegesellschaft heraus. Niemand sollte sich ein menschenwürdiges Leben erst auf einem Marktplatz verdienen müssen, ein neues soziales Fundament verlangt daher nach einer neuen Garantie.

Was wir anzubieten haben, ist keine Gesellschaft, die ihre Zukunft an die Vermögenden verschenkt, was wir daher wollen sind neue Anerkennungs- und Entlohnungsformen für Arbeit und ein Grundeinkommen für alle. Denn ohne soziale Rechte, ohne die Garantie der Teilhabe und einer materiellen Basis, bleiben für zu viele die Menschen-, Bürger- und Frauenrechte nur geduldiges Papier. Und daher ist und bleibt unser Ziel, die Beteiligung aller an politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Macht, wir nennen dies die uneingeschränkte Demokratie.

Wir glauben nicht daran, dass das Talent in die Wiege gelegt wird, denn jeder Mensch hat seine Potentiale. Was wir daher wollen, ist eine Revolution unseres Bildungssystems. Schluss mit Lernfabriken und Gebühren, Schluss mit dem Aussortieren nach der Herkunft, Schluss mit Turbo-Studiengängen und Turbo-Abitur! Investieren wir unseren Reichtum in die Potentiale der Menschen, in ihre Bildung und Entfaltung, in das uns Gemeinsame und unsere Kultur, nicht mehr in Luxusvillen und Luxusreisen, nicht mehr in Luxusautos, nicht mehr in den ganzen privaten Ersatzplunder.

Wir sind noch nicht verloren, wenn wir nicht vergessen, "dass die Früchte allen gehören und dass die Erde niemandem gehört" (Jean-Jacques Rousseau, 1755). Doch die erste Umwelt jedes Menschen ist das Soziale, es ist das erste Klima das uns prägt. Darum gibt es ohne ein Ende

der Ausbeutung des Menschen auch kein Ende der Ausbeutung der Natur. Was wir daher wollen, ist die gerechte Verteilung, ökonomische Selbstbestimmung und dezentrale Strukturen, stoffliche Kreisläufe zwischen Mensch und Natur, das Ende des fossilen Zeitalters und zu 100 Prozent erneuerbare Energien.

Wer die Anwendung von Gewalt als Mittel von Politik akzeptiert oder auch nur duldet, der/die hat eine gute Zukunft bereits aufgegeben. Daher werden wir nie mit dem Krieg unseren Frieden machen, ihn nie vorbereiten, dulden, akzeptieren oder gar verstehen. Wir sterben und töten nicht für Gott oder das Vaterland, nicht für unseren Reichtum und die Absatzmärkte der Konzerne, nicht für Rohstoffe und nicht für die Ehre oder die Nation.

Wir werden uns mit dem "Imperium der Schande" (Jean Ziegler) nie arrangieren, nicht mit dem Hunger in der Welt, Unterdrückung, Rassismus und dem Ressentiment, nicht mit enttäuschten Idealen und bequemen Antworten, nicht mit der unerbittlichen Logik des einfachsten Wegs. Der Marsch einer Generation durch und in die Institutionen ist uns bei Weitem nicht genug. Darum begreifen wir über ein viertel Jahr-hundert Geschichte unserer Partei für uns auch als Herausforderung der permanenten Erneuerung ihrer Programmatik, ihrer Identität und Motivation.

Wir verstehen uns daher auch als die HüterInnen unserer vier Grundsäulen, als ArbeiterInnen an ihrem Fundament. Ökologisch und sozial sind unsere Grundüberzeugungen, basisdemokratisch unsere Mittel und die Gewaltfreiheit in den menschlichen, sozialen, ökonomischen, kulturellen und internationalen Beziehungen ist nach wie vor unser Ziel.

Was also, wenn nicht links? Weil wir wissen, dass der Ethos einer Gesellschaft sich daran bemisst, wie diese mit ihren Geringsten und ihren natürlichen Lebensgrundlagen umgeht, sind wir Wertkonservative. Weil wir wissen, dass die Menschen- und Bürgerrechte ohne die Garantie einer materiellen Basis nur leere Ideale bleiben, sind wir Menschen- und Bürgerrechtsliberale. Und eben weil wir wissen, dass die Zufälle des Marktes und der Herkunft solche Ungleichheiten und Ausgrenzungen schaffen, sind wir Linke.

Wer, wenn nicht wir? Eine neue Zeit verlangt neue Akteure, ein neues Sensorium, eine neue Sprache, eine neue Politisierung und neue Bündnisse. Ein solidarischer Individualismus verlangt nach einer allen gemeinsamen neuen Basis. Daher machen wir allen, die mit uns aufs freie Feld hinaus und aus der Industriegesellschaft heraus treten wollen, ein neues Angebot, den ÖkologInnen, den FreiberuflerInnen und Selbst-ständigen, den Friedensbewegten, den FeministInnen und MigrantInnen, den Prekarisierten, den Erwerbsarbeitslosen, den Kreativen und der digitalen Bohème.

Wann, wenn nicht jetzt? Nach dem Zeitalter des Neokonservatismus in der Innen- und Außenpolitik und des Neoliberalismus in der Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitspolitik, sehen wir uns mit der Gesamtlinken auch vor einer gemeinsamen neuen Aufgabe: die strukturelle linke Mehrheit im Land, von der einst Willy Brandt sprach, wieder zu realisieren.



# Links und libertär?

## Warum die Linke mit individueller Freiheit hadert

von Klaus Lederer

Die Linke, als Partei wie als gesellschaftliche Strömung, ist gegenwärtig in keiner guten Verfassung. Dass manche Menschen, die sich in der PDS über Jahre engagiert haben, mit ihrer Partei hadern, hat seinen Grund auch darin, dass die Geringschätzung individueller Selbstverwirklichungs- und Emanzipationsansprüche in der „Linken“ wieder stärker zu vernehmen, ja geradezu salonfähig geworden ist – und dass Zweifel und Widerspruch in der neuen, vereinigten Partei nicht gern gesehen sind.

Wenn Dissidenz und Differenzierung innerparteilich nicht mehr ertragen werden, wenn wieder Argumente zu hören sind wie „Was nützen einem Aids-kranken Schwarzen im Süden das allgemeine Wahlrecht und die Meinungsfreiheit?“, dann werden Schmerzgrenzen überschritten. Schmerzgrenzen, die sich für viele früher bereits in der PDS engagierte Menschen aus der bitteren Erfahrung der „Neuerfindung“ nach 1989/90 und der damit verbundenen Auseinandersetzung um das verbliebene Erbe entwickelt haben. In der neuen „Linken“ scheint die Neu- bzw. Rückbesinnung auf „das Kollektive“, „die Massen“ und ihre Gleichheit zu reüssieren, und manche glauben dabei, man könne den Freiheitsbegriff und die Individualität getrost „den anderen“ überlassen.

Diese Herablassung gegenüber Individualismus und individuellen Freiheitsrechten ist eine unschöne linke Tradition. Das klingt in etwa so: Die freiheitlichen Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft seien

**Klaus Lederer** trat 1992 der PDS bei. 1995 wurde er Bezirksverordneter und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der PDS im Bezirk Prenzlauer Berg. Von 1997 bis 2003 war er Mitglied der Bundesschiedskommission der PDS. 2003 stellvertretender Landesvorsitzender. 2005 löste Lederer Stefan Liebich als Landesvorsitzender der Linkspartei.PDS ab. Seit 2007 ist er Landesvorsitzender des Berliner Landesverbandes DIE LINKE.

Innerhalb der Partei arbeitet Lederer im Forum demokratischer Sozialismus und der Emanzipatorischen Linken mit und ist seit 2012 Mitglied des Bundesvorstands.

Seit 2003 ist Lederer Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. Seit Dezember 2016 ist Lederer Bürgermeister von Berlin und Kultursenator.

gewissermaßen Fassade, die den Unterdrückten das Herrschaftssystem schmackhaft machen, um sie von ihrer „eigentlichen“ kollektiven Mission abzulenken. Sie seien, kurzum, bloß „bürgerliche“ Freiheit, während das Eigentliche, Wahre, Erstrebenswerte doch darüber – nämlich über „den Kapitalismus“ – hinausgehen müsse. Eigensinn und „Dekadenz“ bedeuten folglich, der sinisternen Durchkreuzungsstrategie dunkler Mächte gegen die allgemeine Befreiung der Massen auf den Leim gegangen zu sein, die kollektiven Interessen verraten, sich auf sein eigenes, kleines, privates Glück zurückgezogen zu haben. Warum also hat die Linke – und vor allem die Partei „Die Linke“ – ein Problem mit individueller Freiheit? „Eigensinn und

aufrechter Gang“, also Individualität und Individualismus, waren eigentlich immer Stärken der Linken. Das lässt sich an vielen Biographien belegen. Denken wir an Peter Weiss’ „Ästhetik des Widerstands“, in dem eindrucksvoll beschrieben wird, wie ein Mensch versucht, trotz des Hineingeworfen seins in strukturierte und strukturierende Verhältnisse seinen eigenen Weg zu finden.

Und auch Karl Marx war auf eine Art und Weise eigensinnig, wenn nicht gar kauzig und verschrattet, wie kaum ein anderer Linker seiner Zeit. Mit einer faszinierenden Fähigkeit zur analytischen Durchdringung und Kritik der herrschenden Zustände ausgestattet, schleuderte er streitsüchtig grobe Bannstrahlen gegen jeden, der seine Sicht in Zweifel zu ziehen wagte. Sein Lebensstil war ausgesprochen extravagant; manche Prioritätensetzungen in seinem Alltag würden wir heute wohl zumindest als außergewöhnlich bezeichnen. Marx war ein von den politischen Auseinandersetzungen seiner Zeit mit Leidenschaft erfüllter Exilant, ständig in Geldnot und von Krankheiten geplagt, mit Vergnügen am Ulk, innig und in Liebe verbunden mit seiner Familie, ein Freund der Zecherei, des derben Wortes und schalkhaften Tuns. Und er war ein brillanter Denker.

Die Existenz eigensinniger und eigenwilliger Persönlichkeiten war eine Voraussetzung der Organisation, Kreativität und Durchsetzungsfähigkeit der Linken insgesamt. Man kann dies als Indiz nehmen dafür, dass die politische Linke mit individueller Freiheit, ja mit der Besetzung von Freiräumen in der Gesellschaft, alles andere als hadern muss.

### **Auf die Tragödie folgt die Farce**

Aber in Wirklichkeit ist die Sache natürlich verwickelter. Denn jede und jeder kennt auch die „andere“ Seite der gleichen Linken, jene, die mit

Individualismus und Eigensinn hadert. Lebenslust und asketisches Ideal waren in linken Mythen ohnehin oft merkwürdig widersprüchlich verbandelt. Dem leisteten eine Geschichtsphilosophie und eine Anthropologie Vorschub, die bereits bei Marx herausgelesen werden können, und die für sich in Anspruch nahmen, über ein besonderes Wissen hinsichtlich der Idealformen menschlichen Lebens zu verfügen. Das darin formulierte „Ende der Geschichte“ war die Umwerfung aller Unterdrückungsverhältnisse. Im Bewusstsein ihres irgendwann gewissen Sieges konnte sich eine Bewegung mit diesem Ziel sämtlicher denkbaren Mittel bedienen, um die „Morgenröte des Menschengeschlechts“ herbeizuführen.

Die Diskussion über die richtigen Mittel, über das „Wie“ dieser Erlösung, war allerdings problematisch. Sie führte zu vielen Spaltungsprozessen und negativen Auswüchsen linker Ideologien, inklusive Gewaltfetisch, Katharsis Phantasien, Selbstgeißelungsritualen und revolutionären Erweckungsmessen. Letztlich ist diese Ideenwelt allerdings seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, im Niedergang begriffen, und ihre progressiven Beiträge zur Gegenwart halten sich in engen Grenzen.

Ein das linke Denken verkleisternder, dogmatischer Grundbestand an Vorstellungen hat sich jedoch weit über den Kern der dogmatischen Linken hinaus als recht beharrlich erwiesen. Er liegt als Schatten auch über den heutigen Diskursen: Die Sehnsucht nach einem grundlegenden Bruch mit den vorgefundenen Verhältnissen mündete in ihre fundamentale Verneinung. Individuelle Freiheitsrechte sind danach nur Fassade des faulenden Kapitalismus, Rhetorik zur Massenintegration. Wo gehobelt wird, fallen Späne, wo etwas Neues entstehen

soll, muss das Alte gründlich ausgemerzt werden. Emanzipationsfort

schritte ohne grundlegenden Bruch sind demnach nicht zu erwarten und auch nicht möglich – es gibt nichts Gutes, solange nicht das Grundübel selbst, der Kapitalismus, beseitigt ist. Deshalb kann es – natürlich – auch keine Ansprüche an ein erfülltes Leben im Hier und Jetzt geben.

Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass der Kapitalismus notwendig in seinen schwärzesten Farben gezeichnet werden muss. Die Massen sollen sich ja empören, spontane Bewusstseinsbildung und Massenorganisation bewerkstelligen, die Gesellschaft von Grund auf neu und unterdrückungsfrei organisieren. Daraus resultiert dann das erwähnte Misstrauen gegenüber „Individualismus“ und „bürgerlicher Dekadenz“. Man spricht lieber vom „Wir“ als vom „Ich“, betont Klasseneinheit und Wachsamkeit.

Diese Beschreibung darf nicht über die temporäre Faszination und Wirkungsmächtigkeit dieser Ideologie bis hinein ins republikanische Bürgertum hinwegtäuschen. Denn die linke Zielformulierung war im Grundsatz freiheitlich und humanistisch, gar eine Einladung zum Individualismus und zum Eigensinn. Auch deshalb fühlten sich viele Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kunst und Kultur immer wieder zu dieser Bewegung hingezogen und beeinflussten sie, nicht selten mit ausgesprochen innovativen und progressiven Beiträgen. Nicht wenige von ihnen wurden von der Linken jedoch wieder verstoßen, gewissermaßen „exkommuniziert“.

Spätestens seit 1989/90 ist der linken Gesellschaftsperspektive überdies jegliche Überzeugungskraft abhandengekommen. Denn die Verhältnisse, die sind nicht so. Die vergleichsweise übersichtliche

Klassenlage der ersten großen kapitalistischen Blütezeit war lange durch das fordistische Arrangement abgelöst worden. Die als – gleich, ob positive oder negative – Projektionsfläche existierende zeitweilige „Systemalternative“ ging an ihren eigenen Widersprüchen ruhmlos zugrunde. Und in der „Spaßgesellschaft“ ersäuft jedweder grundsätzlicher Veränderungswillen offenbar in Gleichgültigkeit und Bewegungslethargie.

Auf die Tragödie folgte die Farce. Was da an Mobilisierungskraft übrig blieb, reichte allenfalls für eine „Depressionslinke“ oder als rhetorischer Mantel für linken Protestantismus und Populismus. Die Hoffnung, es möge doch mit einem großen Knall alles Schlechte vorbei und alles besser sein, taugt zwar noch immer für die ideologische Vereinnahmung oder Selbstvergewisserung. Mit Lebenslust, Eigensinn und Egozentrik hat das nicht viel zu tun, auch nicht mit wirklichem Eingreifen. Es wirkt vielmehr seltsam „retro“, simuliert, verworren, altbacken, „von gestern“ – wie eine Selbstvergewisserung ohne Anschlussfähigkeit an die gesellschaftliche Vielfalt konkreter Interessen und Widersprüche. Kurz: Es „passt“ nicht mehr.

Aber auch die undogmatische Linke, die paradigmatisch mit dem puritanischen Flügel gebrochen und die Lebenslust immer hochgehalten hat, bekam spätestens im Gefolge von 1989/90 ein Problem. Der kollektive und zugleich individualistische Ruf nach dem „schönen Leben“, die Entwicklung eines eigenwilligen, lustbetonten Lebensstils – in den 60er Jahren war das Provokation, Aufbegehren, Rebellion gegen die Verhältnisse, mithin politische Haltung und politisches Handeln mit emanzipatorischem Gehalt. „Hol dir das schöne Leben – jetzt und hier!“, das war im

Bewusstsein der handelnden Akteurinnen und Akteure die unmittelbare Einlösung des bürgerlichen Versprechens von Freiheit und Glück gegenüber dem philisterhaften Bürgertum. Das war per se links, alternatives Lebensgefühl und politische Emanzipationsmaxime zugleich: Weg mit den restriktiven Normen des Alltags – vom Arbeitsplatz bis hin zum Intimleben!

### **Die undogmatische Linke hat sich zu Tode gesiegt**

Heute aber ist die ungehemmte Befriedigung der eigenen Bedürfnisse und Triebe verallgemeinertes Lebensgefühl und verallgemeinerter Lebensstil, in aller Diversität, die denkbar ist, und regelmäßig verbunden mit allen denkbaren Depressionen. Liberalisierung wie Ausdifferenzierung der Lebenskultur und kapitalistische Gesellschaftsreproduktion waren eben nicht unvereinbar, sondern fanden im postfordistischen Modernisierungsschub ihre sehr ambivalente Symbiose.

Die undogmatische Linke hat sich quasi zu Tode gesiegt. Mit dem Ruf nach dem „schönen Leben“ verbindet sich heute keine spezifische politische Haltung mehr, sondern vor allem die soziale, kulturelle und ökonomische Reproduktion des Status quo. Selbst rechte Orientierungen lassen sich gut mit einem „genießenden“ Leben vereinbaren. Man kann heute (fast) genauso bei den „Lesben und Schwulen in der Union“ sein, offen und doch recht freizügig als Homo leben und trotzdem für „Pro Reli“ werben, den Kapitalismus genauso wie den Papst duften finden. Und man kann „grün“ wählen, Bio einkaufen, die umfassende Deregulierung der Märkte mit einem „ÖkoAntlitz“ begrüßen, dabei in einem „irgendwie linken“ Lebensgefühl schwelgen und von der eigenen Finanzanlagepolitik recht schön abgesichert leben.

Heute muss man „sein Ding“ machen, den eigenen Weg finden, das heißt: sich in der komplizierten, abstrakten Welt an den herrschenden Codes orientieren und zurechtfinden – was den Subjekten ein gehöriges Maß an Zurichtung und sozialen Anpassungsleistungen abfordert, um sich individuell ein schönes Leben zu organisieren. Kurz: Es reicht schlicht nicht mehr aus, lustbetont und individualistisch zu leben, um „links“ zu sein. So sind nämlich inzwischen fast alle.

Die permanente Provokation und das spielerische Brechen der Konventionen und Normen wurden selbst gesellschaftliche Konvention und Norm. Sogar die konservative Rechte beherrscht inzwischen geschickt – und auf jeden Fall wirkungsvoller als die Linke – diese Klaviatur. Und nicht zuletzt singen die Epigonen des Neoliberalismus unablässig das Hohe Lied des Individualismus, preisen den Markt der Lebensentwürfe. Folgerichtig ist ein Teil einstmals undogmatischer Linker mittlerweile in den gesellschaftlichen Mainstream diffundiert und macht aus den autonom erkämpften Freiräumen und widerständigen Impulsen gutes Kapital. Richtig glücklich werden sie damit zwar nicht. Aber es könnte ihnen auch wesentlich schlechter gehen. Und „irgendwie links“ sind sie in ihrer Identität immer noch.

### **Die Diffusion der Arbeiterklasse und das Ende der Utopie**

Das aber, was etwa Marx angetrieben hat – das allgemeine Emanzipationsversprechen des Bürgertums, in der Aufklärung und in den Programmen der demokratischen Revolutionen artikuliert – ist damit trotzdem nicht vom Tisch. Die Emanzipation des Einzelnen bleibt unerfüllt, solange die gesellschaftliche Emanzipation nicht alle einschließt.

Was also bleibt, sind die aus dem gesellschaftlichen Zustand resultierenden Widersprüche. Sie treten aber nicht als abstrakte Klassenwidersprüche in Erscheinung, sondern gehen durch die Individuen selbst – im postmodernen Kapitalismus mehr denn je. Das ausgelebte Leben ist für viele Menschen dabei kein erfülltes Leben, wie es die Rebellinnen und Rebellen seinerzeit erhofft hatten. Mit der zunehmenden Verdinglichung sozialer Beziehungen verbindet sich für viele das unbestimmte Gefühl, dass die postmoderne Gegenwart „es nicht wirklich ist“. Die Kolonisierung der individuellen Lebenswelten durch Bürokratismus und Ökonomismus wird dabei als unsittliche Tendenz wahrgenommen, zumal die Kehrseiten der jüngeren Gesellschaftsentwicklung inzwischen deutlicher hervortreten. Existenzielle Ängste zügeln den Glückshunger und lassen die Grenzen einer individuellen Freiheit in materieller Not sichtbar werden, soziale Disziplinierung und innere Aufrüstung entleeren das tägliche Freiheits- und Glücksversprechen im Alltag, für alle Dimensionen des menschlichen Alltags, für Kreativität, geistige Erfüllung, soziale Geborgenheit, gilt das untrügliche Einheitsmaß der Marktanforderungen. Man könnte sagen, dass die Vergesellschaftung des „schönen Lebens“ ausbleibt.

Genau hier aber liegt das zentrale Problem linker Diskurse und Strategiebildungen: Sie müssten diese „Verkomplizierungen“ zur Kenntnis nehmen und manch lieb gewordenes Analyseschema und ritualisierte Handwerksinstrument in Frage stellen, vielleicht sogar über Bord werfen. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als eine partielle Neuerfindung, die auf einem notwendigen Schritt an Wirklichkeitszuwendung basiert.

Der Sozialismus hatte im 19. Jahrhundert – als politische Ideologie – vor allem daraus seine Kraft bezogen, dass seine Kategorien und seine Erzählung vor dem Hintergrund lebensweltlicher Erfahrungen plausibel waren. Marx' Analyse knüpfte genauso an der Lebenswirklichkeit des Proletariats an, wie seine strategische Konfliktaufstellung in der zentralen Klassenauseinandersetzung zwischen Proletariat und Bourgeoisie den empfundenen Ungerechtigkeiten und Widersprüchen in der Gesellschaft entsprach. Dabei erfüllten Begriffe wie „Ausbeutung“ oder „Klasse“ in Marx' Werk nicht allein die Funktion analytischer Kategorien. Sie waren immer auch „bewusstseinsbildend“, politische Kategorien, moralische Anklage: die Arbeiterklasse als unterdrücktes Kollektiv; das Arbeitsleben als ein Leben, das einem anderen als dem Arbeiter gehört. Die Arbeiterklasse sollte ja kämpfen für ihre Emanzipation aus dem Joch des Kapitalverhältnisses und für die allgemeine Emanzipation der Gesellschaft.

Der Erfolg im Klassenkampf erforderte vor allem Solidarität unter den Angehörigen der Klasse. Solidarität kann es aber nur dort geben, wo gleiche (oder ähnliche) Interessen auch zu einem gemeinsamen Interesse werden. Das erforderte ihre Formulierung und Artikulation, also Formen kollektiven Handelns. Die Theorie half, diese Formen zu schaffen: Polit-, Arbeitermusik-, Konsum-, Sport- und Freizeitvereine, Gewerkschaften, Sozialwerke, Genossenschaften und Parteien. Das Zusammengehörigkeitsgefühl gründete sich nicht zuletzt auf einer gemeinsam empfundenen materiellen Lage und dem dazu passenden Klassenbewusstsein, der Erzählung des sozialistischen Emanzipationsversprechens mit der historischen Mission des Proletariats – und auf der realen Erfahrung,

dass sich gemeinsam tatsächlich mehr rausholen lässt. Erst recht, wenn die Revolution als historische Möglichkeit gedacht werden kann, wenn sie als Drohung gegenüber dem Bürgertum im Raum steht. Die Eliten der Nationalstaaten in den kapitalistischen Zentren fürchteten sich tatsächlich über Jahrzehnte vor der Arbeiterklasse – vor ihrem Mythos und ihrer gesellschaftlichen Realität.

Dieser Punkt, die Formulierung gemeinsamer Interessen auf Basis gleicher Interessen, die Konstituierung als kollektives Handlungssubjekt, ist keineswegs trivial. Auch Kapitalisten haben ja ein gleiches Interesse: Profitmaximierung. Diese Interessengleichheit mündet jedoch nicht in Solidarität, sondern in Konkurrenz, ihre Kommunikationsform ist verdinglicht – was nicht bedeuten soll, dass es nicht auch eine negative, abgrenzende Solidarität der Eliten gegenüber „denen da unten“ gegeben hätte und nach wie vor gibt. Sie ist in den aktuellen Auseinandersetzungen auch spürbar, ja sogar hegemoniefähig, und kommt heute im Gewand der Versatzstücke des Neoliberalismus und Neokonservatismus daher.

Was aber passiert, wenn Veränderungen im Akkumulationsregime und in der politischen Form des Kapitalismus derartige Binnendifferenzierungen in den Klassenstrukturen nach sich ziehen, dass Klassenzugehörigkeit nicht mehr gemeinsam „erlebt“ und vor allem nicht mehr gemeinsam gelebt wird? Wenn die Ausdifferenzierung der Lebensvorstellungen, Lebenslagen und Lebensstile keine gemeinsame Subjektbildung, keine kollektive politische Artikulation mehr ermöglicht? Dann zerfällt das, was bei Marx noch eine Einheit war: „Klasse“ als Begriff der gesellschaftlichen Analyse, aber auch „Klasse“ als

politisch-soziologische Kategorie, als Trägerin politischer Interessenidentität, als „kollektives Bewusstsein“ und als Bezugsrahmen erfahrbarer Solidarität. Dann bricht das historische Subjekt, auf dem das linke Zukunftsvertrauen beruht, in sich zusammen.

Wo findet sich heute ausdrucksstarker kollektiver Protest gegen die Verhältnisse? Die großen Protestbewegungen der 80er Jahre, die Friedensbewegung, die Umweltbewegung, die Frauenbewegung – sie gibt es heute als Massenbewegungen kaum noch. Was es gibt, sind Restbestände und Verfallsprodukte aus dieser Zeit, die sich friedlich zu der schwindenden gewerkschaftlich vertretenen Arbeiterschaft gesellen, die aus den großen Klassenkämpfen des vergangenen Jahrhunderts übrig geblieben ist.

In dieser Landschaft ohne große Utopie, ohne machtvolle Protestbewegungen, hat sich eine Haltung etabliert, die sich abgeklärt gibt. Sie kann mit den „großen Erzählungen“ nichts mehr anfangen. Sie hat sich im Plural der Sprachspiele, Diskurse, Interpretationen und Lebensformen zurechtgefunden. Diese Haltung hält das kleine Versprechen bereit: Für jede und jeden gibt es einen Kleingarten der bescheidenen, dafür freien Verwirklichung des eigenen Lebensentwurfs. Diese Widersprüchlichkeit in größerer gesellschaftlicher Breite „aufknackende“, „verallgemeinerbare“, hegemoniefähige Artikulations-, Organisations- und Handlungsformen mit emanzipatorischem Anspruch sind, realistisch betrachtet, gegenwärtig nicht in Sicht. Ist das eine Kapitulationserklärung, eine Absage an den gesellschaftsverändernden Anspruch, an eine Linke überhaupt? Nein, keinesfalls.

Es ist vielmehr die Feststellung, dass so mancher ideologische Kompass der

Vergangenheit verschrottet werden muss, wenn die Linke in die Offensive kommen will. Dass die Frage nach der Alternative „Kollektivität“ oder „Individualität“ falsch gestellt ist, weil die Brüche längst nicht mehr nur zwischen Klassen, sondern auch innerhalb der Individuen selbst existieren.

Und dass kein „großer Entwurf“ des Weltenlaufs mehr denkbar ist, der die Idealform des menschlichen Zusammenlebens beschreibt, klare ideologische Orientierung und auch sozialen Halt bietet.

### **Vom Himmel der Ideologie in die Niederungen der Verhältnisse hinabsteigen**

Und dennoch bleibt richtig: In unserer postmodernen Welt geht es nicht mit rechten Dingen zu. Das Vokabular des Diskurspluralismus klingt zwar sympathisch: Keiner soll dem anderen wehtun; man darf so ziemlich alles ausleben, was einem einfällt. Der Preis der postmodernen Ideologie des Unideologischen ist jedoch sehr hoch: Aufklärung und Emanzipation, die Hoffnung auf eine vernünftige Gestaltung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse, gelten als hochfliegende Träume einer Vernunft, die sich historisch als Albtraum von Totalitarismus und Terror entpuppt habe.

Und wenn wir zur Abwechslung mal vom Himmel der Ideologie in die Niederungen der Verhältnisse selbst hinabsteigen, erkennen wir, dass den Preis dieser Kultur all diejenigen zahlen, die von der Teilhabe an Bildung, kulturellen Techniken usw. aufgrund ihrer sozialen Herkunft ausgeschlossen sind. Denn für die vom kapitalistischen Verwertungsprozess Ausgestoßenen gibt es keine Vielfalt der Lebensformen. Und damit wird die Fortexistenz der Klassengesellschaft

anhand der Lebenssituation der Marginalisierten besonders drastisch sichtbar. Sie scheinen die Diagnose vom „Ende der großen Erzählungen“ noch zu bestätigen. Offenbar haben die Ausgeschlossenen keine oder kaum mehr Energien, um gemeinsam für eine Verbesserung ihrer Lage einzutreten.

Wir können wohl kaum die realen Emanzipationsfortschritte des postfordistischen Kapitalismus übersehen, die für die verschiedensten Menschen zu verbuchen sind: die zwanghaften Vorstellungen von „Normalität“ haben an Überzeugungskraft verloren, was auch die Möglichkeit der Veränderung der gesellschaftlichen Institutionen eröffnet. Sexismus, Rassismus und Xenophobie gehören zwar immer noch zum ideologischen Alltagsgeschäft, sind aber erfreulicherweise in eine Defensivposition gedrängt. Die Modernisierung brachte neue, auch progressive, Formen von gesellschaftlicher Moral und Ästhetik hervor, die sich mit der (Lebens-) Wirklichkeit reiben. Das alles sollten wir nicht gering schätzen; wir müssen uns dessen vielmehr tatsächlich bewusst sein. Denn, wenn überhaupt, liegt in diesen Widersprüchen und den aus ihnen folgenden permanenten „Suchbewegungen“ der Keim für radikale Gesellschaftskritik und -veränderung.

Uns muss auffallen, dass sich die negative Solidarität der Eliten, die moralisch gefärbte konservative und Ordo liberale Fundamentalkritik am Individualismus und am „Verfall der Werte“ – Folgen des flexibilisierten Kapitalismus – gegen nichts anderes richtet, als gegen seine emanzipatorischen Freiheitsgewinne. Hier gegenzuhalten, ist Aufgabe der Linken. Die defensive Linke leugnet die realen Emanzipationserfolge schlicht. Doch nicht die Emanzipationsfortschritte

sind kleinzureden, sondern man muss die Mentalität angreifen, die besagt, dass mehr nicht drin sei. Eine treffende Gesellschaftskritik muss keine Aussagen über Idealformen des Zusammenlebens von Menschen machen, wenn sie feststellen möchte, dass bestimmte gesellschaftliche Praktiken abgestellt oder zurückgedrängt werden müssen, weil sie vorhandene Selbstbestimmung zerstören und Emanzipationsräume vernichten. Schauplatz dieser Auseinandersetzung ist insbesondere die Ökonomie, die Kritik gilt dem totalen Ökonomismus. Aber das Thema moderner linker Gesellschaftskritik besteht nicht mehr in Zukunftsgewissheiten; ihr Thema ist Heteronomie.

Beunruhigend ist für mich die weitgehende gesellschaftliche Abwesenheit des Gedankens, dass das Recht des Einzelnen, von den Zumutungen einer Kultur der Rücksichtslosigkeit verschont zu werden, und die Möglichkeit der freien Entfaltung des Einzelnen entscheidend davon abhängen, wie eine Gesellschaft organisiert ist. Freiheit ist doch nicht in erster Linie die Freiheit zu jedweder individueller Rücksichtslosigkeit. Freiheit ist vielmehr zum einen die Möglichkeit der vielen Einzelnen, ihre je besonderen Entwürfe von einem guten Leben zu verwirklichen; Freiheit ist zum anderen aber auch die Fähigkeit eines politischen Systems, diese Räume der persönlichen Freiheit bereitzustellen zu können, sie zu schützen und die Steuerung gesellschaftlicher Entwicklungen auch durch politische Willensbildung gesellschaftlicher Mehrheiten zu ermöglichen. Freiheit bedeutet Autonomie der Person und der staatlich verfassten Gesellschaft sozialer Wesen. Der herrschende Diskurs dagegen fährt den Begriff der Freiheit auf die Schrumpfstufe eines ideologisierten hedonistischen

Individualismus her unter; er reflektiert die realen Emanzipationserfolge in einem irreführenden Paradigma. Es ist übrigens kurios, wie sehr sich hier die pessimistischen Muster auf „der Linken“ und auf „der Rechten“ gleichen – beide verfahren nach dem Motto: Jedes noch so kleine Denken und Handeln in Alternativen ist zwecklos!

Dabei müsste es doch eigentlich das Grundanliegen der Linken sein, das Vorhaben, die Welt verändern zu wollen, in der gesellschaftlichen Arena stark zu machen. Hierzu muss sie sich aber von Teilen ihrer eigenen Identität emanzipieren. Sie muss manche Tendenz loswerden, die nach wie vor tief in ihr wohnt: den objektivistischen Einschlag, die fatalistische Konditionierung, die geradezu religiöse Weltabgewandtheit, das Gewissheitsmantra und die Realitätsverdrängung, die Selbstbezogenheit, Selbstgenügsamkeit und verbreitete Denkfaulheit, die teilweise zynische Gleichgültigkeit gegenüber den Folgen der gesellschaftlichen Modernisierung bei deren gleichzeitiger propagandistischer Instrumentalisierung, die selbstzerstörerische Lust an der Betonung der Differenz anstelle der Suche nach Gemeinsamkeiten mit Anderen, die Aversion gegen moralische Triebkräfte und Verhaltensweisen, aber auch gegenüber verrückten Ideen und Spleens.

Letzteres ist kein Appell zu Voluntarismus. Im Gegenteil: Dass es keinen Sinn hat, sich Luftschlösser zu bauen, dass es in unserer Welt wirksame Konditionierungen, Ideologien, Herrschaftszusammenhänge gibt, ist eine Binsenweisheit. Aber genauso wahr ist, dass sich die Welt nicht nach vorherbestimmten Mustern bewegt, sondern im Konkreten durch das mehr oder weniger reflektierte Handeln von Individuen in Gesellschaft reproduziert



wird.

### **Was eine neue Linke braucht**

Was eine solche Linke braucht – auch wenn das vielleicht heute als uncool gelten mag –, ist eine ReOrientierung an ihrem ursprünglichen humanistischen Ethos: menschliche Selbstverwirklichung in Gleichheit, Freiheit und Gemeinschaft. Ganz unpathetisch, ganz praktisch: Mit der Auseinandersetzung um Orientierung für menschliches Handeln in der Gesellschaft und für eine humanere Gesellschaftseinrichtung, für reflektiertes Agieren in den konkreten Dichotomien unserer Gegenwart.

Das Begehren eines besseren Lebens, daran hat sich nichts geändert, wird durch unsere Verhältnisse selbst produziert. Der Anspruch, den Lauf der Welt zu beeinflussen – nicht erst morgen, sondern jetzt gleich –, entspringt der gesellschaftlichen Widersprüchlichkeit immer wieder aufs Neue. Und er äußert sich schleichend oder plötzlich, in völlig ungewohnten und ungeahnten Formen und Aktivitäten, ist kein Monopol einer Klasse, entspringt selbst dem Mainstream und wirkt zurück auf die Gesellschaft.

Dieser widerständige Impuls ist zutiefst individualistisch, folgt nicht immer hehren Theorien, sondern wird zumeist allein durch das irdische Bedürfnis motiviert, „nicht dermaßen regiert“ werden zu wollen (Foucault). Manchmal sucht er sich stabilere und komplexere Formen, manchmal entäußert er sich als Ein-Punkt-Programm. Damit wird der Kapitalismus nicht abgeschafft, aber er wird

immer wieder anders. Wie und mit welchem Ergebnis, das werden wir später sehen. Suche, Zweifel, Inkonsequenz gehören zu diesen widerständigen Impulsen. Und ein Beutel voll offener Fragen.

Für einen solchen Prozess wird es noch viel Eigensinn brauchen, viel Neugier, Kreativität, Extravaganz, Individualität und Entdeckungsfreude. Und vielleicht landen wir dann doch wieder dort, wo ich angefangen habe: bei den vielen eigensinnigen Linken, die es in der Geschichte progressiver Bewegungen immer gegeben hat und die sie zu einem Gutteil ausgemacht und bewerkstelligt haben. Denn ohne Dissidenz, Zweifel, Eigensinn, Widerspruch kann es „die Linke“ nicht geben. Wir sind wieder bei den vielen ganz unterschiedlichen Versuchen der Individuen, trotz des Hineingeworfen seins in strukturierte und strukturierende Verhältnisse einen eigenen Weg zu finden und etwas für Autonomie und Selbstverwirklichung zu tun. Und damit auch bei der Erkenntnis, dass sich die Welt nur dann in eine bestimmte Richtung verändert, wenn Menschen sich frei und bewusst entscheiden, etwas dafür zu tun, weil keine Bewegungsgesetze der Gesellschaft und keine geheimen Kräfte ihnen dabei das Handeln abnehmen werden.

# Für eine soziale, libertäre und ökologische Politik

von Wolfgang Strengmann-Kuhn

Seit einiger Zeit gibt es eine Debatte darüber, in welchem Verhältnis die linken Parteien und Bewegungen zur Freiheit stehen. Hier ist der von dem Grünen Robert Zion initiierte Aufruf „Links-libertär“ zu nennen.[1] Zuletzt hat auch Klaus Lederer von der Linkspartei einen Beitrag in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik“ dem Verhältnis von der Linken und der Freiheit gewidmet.[2] Klaus Lederer argumentiert, aus meiner Sicht völlig zutreffend, dass das Zeitalter des Zwangskollektivismus, der Fixierung auf Klassengegensätze und des Anti-Individualismus vorbei sei und es Zeit ist, die linken Parteien und Bewegungen mit dem Freiheitsbegriff auszusöhnen.

Während aber z.B. Albert Scharenberg in der taz zu Protokoll gibt, dass „die Linkspartei viel libertärer (sei), als die Lafontaine-zentrierte Medienberichterstattung gemeinhin nahe legt“[3], bleibt die von Lederer aufgeworfene Perspektive erstaunlich allgemein und blass. So fordert Lederer „Aufklärung und Emanzipation, (und) die Hoffnung auf eine vernünftige Gestaltung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse“, oder gibt als sein Ziel „menschliche Selbstverwirklichung in Gleichheit, Freiheit und Gemeinschaft“ an. Und wenn er dann mal „ganz praktisch“ wird, will er sich mit der „Orientierung für menschliches Handeln in der Gesellschaft und für eine humanere Gesellschaftseinrichtung“ auseinandersetzen oder „für reflektiertes Agieren in den konkreten Dichotomien unserer Gesellschaft“ eintreten. Das ist alles nicht falsch, aber doch so allgemein und richtungslos, dass es auch aus einer Rede des Bundespräsidenten stammen könnte. Es scheint, als ob der Autor sich

**Wolfgang Strengmann-Kuhn** ist seit 1981 bei den Grünen. Friedensbewegung, Anti-AKW-Bewegung und die Debatte über Grenzen des Wachstums waren die Gründe, warum zu den Grünen ging. Wolfgang Strengmann-Kuhn war 2000 bis 2002 Mitglied im Sprecherrat von BasisGrün. Initiator der Diskussionsreihe der Frankfurter Grünen „Der Grüne Tisch“ im Club Voltaire und von 2002 bis 2006 Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Sozialpolitik der hessischen Grünen. Er ist engagiert im Grünen Netzwerk Grundeinkommen und war von 2011 bis 2012 Mitglied im Zukunftsforum „Antworten auf die auseinanderfallende Gesellschaft“ beim Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen.

Er ist im wissenschaftlichen Beirat des Netzwerks Grundeinkommen aktiv, Mitglied der deutschen Organisation des Basic Income Earth Network (BIEN) für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Er ist Mitglied im Kuratorium des „Institut Solidarische Moderne“ und im Beirat des Instituts für Neue Soziale Antworten (INSA). Zudem ist er Mitglied im Frankfurter Arbeitskreis Armutsforschung.

Von 2008 bis 2013 war er Mitglied (Nachrücker) des Bundestages. Und 2014 zog er wieder als Nachrücker in den Bundestag ein.

selbst nicht sicher ist oder zumindest, aus welchen Gründen auch immer, sehr defensiv und vorsichtig vorgeht oder vorgehen muss.

Um einer linken, aufklärerischen, emanzipatorischen und, das sollte nicht vergessen werden, ökologischen Bewegung Auftrieb zu verschaffen und

gesellschaftliche Mehrheiten für eine solidarische und gleichzeitig freiheitliche Politik zu erreichen, muss man schon konkreter werden. Es wird Zeit Begriffe wie Selbstbestimmung und eine, die Autonomie der Individuen stärkende, Eigenverantwortung als zentrale Elemente einer linken, emanzipatorischen Politik zu begreifen. Dabei gehört auch der ständige - von der konkreten Situation völlig unabhängige - Ruf nach dem Staat, wie er bei Teilen der Linken immer noch üblich ist, auf den Prüfstand. Die in dem Text von Klaus Lederer fehlende Konkretisierung dieses links-emanzipatorischen Aufbruchs möchte ich im folgenden aus einer grünen Perspektive nachholen und den Versuch unternehmen das Begriffspaar „links-libertär“ oder, wie ich bevorzuge, „sozial-libertär“ zu definieren.

Ein sozial-libertäres Verständnis von Freiheit zielt auf die Ausweitung der Freiheit der gegenwärtig am wenigsten Freien

Für einen sozial-libertären Gerechtigkeitsbegriff ist Freiheit eine zentrale Dimension.[4] Der sozial-libertären Perspektive liegt die Erkenntnis zugrunde, dass die Menschen in unserer Gesellschaft unterschiedliche Entfaltungsmöglichkeiten haben. Der Staat hat dabei die Aufgabe, allen Menschen wirkliche Wahlfreiheit zu ermöglichen. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass Armut unfrei macht, genauso wie die Diskriminierung von Schwulen und Lesben unfrei macht. Fremdenfeindlichkeit macht genauso unfrei wie prekäre Arbeitsverhältnisse. Je größer das Risiko ist, arbeitslos zu werden, desto größer ist auch die Abhängigkeit von dem jeweiligen Arbeitgeber. Auch diese Abhängigkeit bedeutet oft Unfreiheit. Geschlechtliche Rollenstereotype und auf ein bestimmtes Familienmodell getrimmte staatliche Institutionen

machen unfrei. Dies betrifft besonders Frauen und sogenannte „untypische“ Familienkonstellationen.

Eine sozial-libertäre Politik hat den Anspruch, dies zu verändern. Sie tritt für die entschiedene Ausweitung der Entfaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten der am wenigsten Freien ein. Der sozial-libertäre Ansatz unterscheidet sich grundsätzlich von der wirtschaftsliberalen FDP-Politik. Eine sozial-libertäre Politik führt nicht dazu, dass diejenigen freier werden, die eh schon über die größten Freiheitsspielräume verfügen. Stattdessen ist wirkliche Freiheit für Alle das Ziel. Der Fokus muss deshalb auf diejenigen gelegt werden, die weniger vom Glück und vererbten sozialen und monetären Ressourcen gesegnet wurden.

Soziale Gerechtigkeit aus sozial-libertärer Perspektive bedeutet ein konsequentes Eintreten für Teilhabegerechtigkeit

Eine sozial-libertäre, auf die Ausweitung des Freiheitsspielraums der am wenigsten Freien ausgerichtete Politik entspricht dem Kriterium der Teilhabe- und Befähigungsgerechtigkeit. Der capability-approach des Wirtschafts-Nobelpreisträgers Amartya Sen, auf den das Verständnis von Teilhabegerechtigkeit zurückgeht, betont die Notwendigkeit, die Möglichkeiten und Fähigkeiten gerade derjenigen zu erweitern bzw. zu vergrößern, die zurzeit die wenigsten Wahlmöglichkeiten haben.

Eine Politik der Befähigung bedeutet nach Amartya Sen sowohl eine Schaffung der institutionellen Voraussetzungen, sei es im Bildungsbereich oder in der Arbeitsmarktpolitik, als auch die Bereitstellung der materiellen Voraussetzungen, die für die Erweiterung der Möglichkeiten und Fähigkeiten der schlechtest Gestellten notwendig sind.

Für eine sozial-libertäre Politik gibt es keinen Gegensatz zwischen dem Ausbau der Institutionen und der Einführung von universellen und armutsfesten monetären Transferleistungen. Beides zusammen ist für die Ausweitung und Herstellung der Freiheitsspielräume der einzelnen Individuen und vor allem der zurzeit schlechtest Gestellten notwendig. Sozial ist, was Freiheit schafft. Und zwar Freiheit, Teilhabe- und Zukunftschancen für alle!

### **Freiheit und Gleichheit gehören zusammen**

Ein sozial-libertäres Verständnis von sozialer Gerechtigkeit ist libertär und egalitär zugleich. Freiheit und Gleichheit werden zusammengedacht, nicht als Gegensätze gesehen. Es geht um den gleichen Zugang zu den Ressourcen, die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Frauen und Männer, Alte und Junge, Erwerbstätige und Arbeitslose, Eltern und Kinderlose, Homosexuelle und Heterosexuelle, MigrantInnen und Menschen ohne Migrationshintergrund sollen die gleichen Möglichkeiten und Rechte erhalten. Nicht Chancengerechtigkeit, sondern Chancengleichheit ist das Ziel. Das Ziel der Chancengleichheit bedeutet alles zu unternehmen, um die Startchancen auf ein erfülltes und auch im Arbeitsleben erfolgreiches Leben für alle anzugleichen. Chancengleichheit und Verteilungsgerechtigkeit sind dabei keine Gegensätze. Denn Chancengleichheit erfordert eine gerechtere Verteilung von Chancen und Zugängen. Es geht um die Verteilung von materiellen Ressourcen, Einkommen und Vermögen, genauso um eine gerechtere Verteilung von Bildung, einen Zugang zum Arbeitsmarkt, zum Gesundheitssystem und zu Wohnraum.

### **Für eine soziale, libertäre und ökologische Politik und gegen neoliberale Freiheitsversprechen**

Im Rampenlicht stehen bei der Diskussion um Freiheit meistens die beiden rechten Parteien der Freiheit: die FDP und, mit allerdings erheblichen Einschränkungen, die Unionsparteien CDU/CSU. Diese Parteien haben einen Freiheitsbegriff, der weder die unterschiedlichen Startchancen, noch die ungleiche Verteilung von Lebenschancen oder die ökologischen Auswirkungen berücksichtigt. FDP und CDU/CSU tendieren dazu, den Freiheitsbegriff auf die Freiheit der Bessergestellten und Besitzenden zu verengen. Ein solches Verständnis von Freiheit ist schlichtweg neoliberal. Manche werden einwenden, dass die CDU/CSU vor allem für Strukturkonservatismus steht und nicht für Freiheit. Dem ist zuzustimmen. Aber wenn Angela Merkel ihre Antrittsrede als Bundeskanzlerin unter das Motto „Mehr Freiheit wagen“ stellt und auch in dem Selbstverständnis der CDU/CSU Freiheit als einer ihrer drei Grundwerte gilt, dann können und müssen wir sie da angreifen und kritisieren.

Ein Verständnis von Freiheit, wie es hier skizziert wurde, unterscheidet sich fundamental von dem Freiheitsverständnis der FDP und der CDU/CSU. Es ist ein linkes, ein emanzipatorisches Verständnis von Freiheit oder anders formuliert ein sozial-libertäres Verständnis von Freiheit. Eine sozial-libertäre Politik schafft die Voraussetzungen dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen können. Eine sozial-libertäre Politik betrachtet die Menschen als Individuen und zugleich als Teil der Gemeinschaft. Sie befähigt und schafft Freiheitsspielräume durch eine sozial-gerechte Verteilungs- und Bildungspolitik.

Und eine sozial-libertäre Politik stellt den Wert der Freiheit auf eine Ebene mit den Grundwerten der Ökologie und der sozialen Gerechtigkeit.

Ein solches Verständnis von Freiheit, ein solcher sozial-libertärer Ansatz, bildet auch den Kern des grünen Verständnisses von Freiheit. Die undogmatische Linke hat sich eben nicht zu Tode gesiegt, wie Klaus Lederer meint, sondern hat sich erfolgreich, und zwar auch bei Bündnis 90/Die Grünen, immer wieder selbst erfunden. Entsprechend wundert es nicht, dass sich das skizzierte undogmatisch-linke, sozial-libertäre Verständnis von Freiheit bei Bündnis 90/Die Grünen in so unterschiedlichen Politikbereichen wie der Menschenrechtspolitik und der Wettbewerbspolitik, wie der Behindertenpolitik und der Entwicklungspolitik, wie der Verbraucherpolitik und der Arbeitsmarktpolitik, wie der Bildungspolitik und der Wirtschaftspolitik wieder findet.

Es geht darum, diesen Schatz sichtbar zu machen, ihn in das Licht der Öffentlichkeit zu rücken und auch die Gemeinsamkeiten mit sozial-libertären Ansätzen in anderen Parteien, Bewegungen und Organisationen zu suchen und zu pflegen.

#### Anmerkungen

[1] <http://www.robert-zion.de/downloads/Links-libertaer.pdf>

[2] Ausgabe Juli 2009. Siehe: <http://www.blaetter.de/artikel.php?pr=3125>.

[3] taz vom 19.06.2009

[4] Siehe dazu ausführlich: Philippe van Parijs, 1995, Real Freedom for All. What if anything can justify capitalism?, Oxford: Clarendon Press.

# Mitgliedschaftserklärung Emanzipatorische Linke

Hiermit erkläre ich meine Zugehörigkeit zum Zusammenschluss „Emanzipatorische Linke“ (Ema.Li) in und bei der Partei DIE LINKE.

Vorname\* \_\_\_\_\_

Name\* \_\_\_\_\_

PLZ\* Stadt\* \_\_\_\_\_

Straße und Nr.\* \_\_\_\_\_

Email\* \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Blog, Website etc. \_\_\_\_\_

\* Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE, und zwar im folgenden Landesverband:

\* Ich bin nicht Mitglied der Partei DIE LINKE.

Ich bin Mitglied folgender anderer Organisationen, Initiativen oder Zusammenschlüsse:

\_\_\_\_\_

Sollte ich zu irgendeinem Zeitpunkt die Partei DIE LINKE verlassen bzw. in eine Partei eintreten, werde ich die Gremien des Zusammenschlusses Ema.Li darüber umgehend in Kenntnis setzen. Mit meiner Unterschrift bestätige ich, dass mir bis auf Widerruf alle Informationen, Protokolle, Einladungen und sonstiger Schriftverkehr an die oben angegebene Email-Adresse elektronisch übermittelt werden sollen.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum, Unterschrift

*\*notwendige Angaben*

Entweder abgeben oder unterschrieben per Post an:

Emanzipatorische Linke  
c/o DIE LINKE.  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin



## **Impressum**

DIE LINKE. Emanzipatorische Linke  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin

[ema.li@die-linke.de](mailto:ema.li@die-linke.de)  
[emanzipatorischelinke.wordpress.com](http://emanzipatorischelinke.wordpress.com)

V.i.S.d.P.: Siegfried Seidel  
Layout und Satz: Daniel Josten

[emanzipatorischelinke.wordpress.com](http://emanzipatorischelinke.wordpress.com)

